

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

28. Mai 2009 · Nr. 22 · 0,70 €

Franz Nauschnigg zum Thema Euro
DeNB-Experte



SozialdemokratInnen fordern:

**Europa-Pakt
für Arbeit**

Der Wahlkampf geht in die heiße Phase, es gilt jetzt, noch bis zur Wahl am 7. Juni alle Kräfte zu mobilisieren, um die EU zu verändern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Europa-Pakt für Arbeit der Europäischen SozialdemokratInnen. Ziel ist die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Budgetierung entsprechender Maßnahmen.

Zweiter EU-Schwerpunkt dieser Ausgabe des „SPÖ Aktuell“ ist die SPÖ-Position zur EU-Erweiterung, beziehungsweise zu einem EU-Beitritt der Türkei. Und da hat sich die SPÖ seit langem darauf festgelegt, dass ein Beitritt derzeit und in absehbarer Zeit keinesfalls in Frage kommt. Anders ist das bei der ÖVP, die selbst im Wahlkampf kein einheitliches Wording dazu finden kann.

In der Hitze des Wahlkampfes haben sich sowohl die ÖVP als auch FPÖ und BZÖ zu WählerInnenenttäuschung verstiegen. Die ÖVP versucht, mit ihren Sujets offensichtlich eine frappante Nähe zum Innenministerium zu suggerieren, die FPÖ setzt auf die wilde vermeintliche Rettungen des Abendlandes und das BZÖ versucht, ihren Spitzenkandidaten als Volksanwalt zu verkaufen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Europa-Pakt für Arbeit	4
EU-Erweiterung	6
Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zum SPÖ-Wahlkampf	8
Gastkommentar von OeNB- Abteilungsleiter Franz Nauschnigg zum Euro	14

Wahlkarte auf SPÖ-Homepage anfordern



Unter www.spoe.at/euwahl/wahlkarte bietet die SPÖ das Service, unkompliziert eine Wahlkarte bei der Heimatgemeinde anzufordern. Sollte es in der Heimatgemeinde kein Onlineformular geben, muss das auf der SPÖ-Homepage ausgefüllte Antragsformular an die Hauptwohnsitzgemeinde geschickt werden, um eine Wahlkarte zu erhalten. Dieses Service kann auch an FreundInnen und Bekannte weitergeschickt werden. ♦

THEMEN DER WOCHE



Rigaud

Infrastrukturministerin
Doris Bures

Forschung braucht Gesamtstrategie

Eine Gesamtstrategie für die heimische Forschung fordert Infrastrukturministerin Doris Bures. Mit dem bisherigen System ist Österreich zwar nicht schlecht gefahren. Allerdings muss es noch schlagkräftiger und effizienter werden, um das angepeilte Ziel, unter die Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften Europas zu kommen, zu erreichen, so Bures. Das Augenmerk muss darauf liegen, dass jeder Euro, der eingesetzt wird, den größtmöglichen Nutzen bringt. „Was heute geforscht wird, soll morgen auf dem Markt sein“, so die Ministerin. Zudem muss eine Kompetenzbereinigung erfolgen und es muss klare Zuständigkeiten geben. ♦

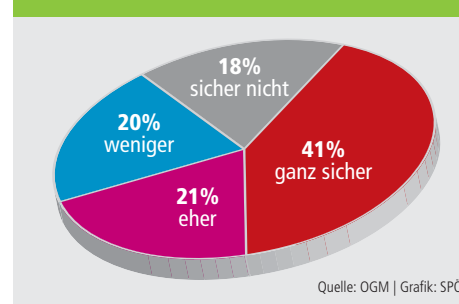
mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Mehr Sozialbudget statt zu hoher EU-Argarsubventionen?

Das A-Team für Europa präsentierte unlängst den Vorschlag, zehn Prozent jener Geldmittel, die die zehn Prozent der größten EU-Agrarsubventionsempfänger erhalten, in Ausgaben für Beschäftigung, Infrastruktur, Konjunkturbelebung und sozialpolitische Maßnahmen fließen zu lassen.

Diskutieren Sie auf:
www.mitreden.spoe.at über die Priorität sozialpolitischer Maßnahmen der EU.

Nur 41 Prozent wollen wählen



Am 7. Juni wählen gehen!

In einer OGM-Studie geben derzeit nur 41 Prozent an, überhaupt zur Wahl zu gehen. Fakt ist: Eine niedrige Wahlbeteiligung würde besonders den Großparteien auf den Kopf fallen und der FPÖ zugute kommen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und ihre Stimme bei der EU-Wahl abgeben. ♦

Zitat der Woche

„Wir haben noch genug an der letzten großen EU-Erweiterung zu arbeiten. Es ist Zeit damit einmal inne zu halten, abgesehen vielleicht von Kroatien und Serbien.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

Fekter hat Ressort nicht im Griff



Schedl

SPÖ-Justizsprecher
Hannes Jarolim

„Wenn eine Innenministerin vor dem Hintergrund unverhältnismäßig vieler ungeklärter Fälle härtere Strafen fordert, dann ist das ein Zeichen von bedauerlicher Überforderung“, sagt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. Er bezieht sich auf die Forderung Fekters nach einer Anhebung des Strafrahmens für Wohnungseinbrüche und erinnert an die Tatsache, dass die Exekutive in der Zeit, als Ernst Strasser für das Innenressort zuständig war, systematisch ausgelaugt wurde. Für Jarolim ist klar, dass nicht beim Strafrahmen, sondern bei der Verbesserung der Aufklärungsquote angesetzt werden muss. ♦



Zeit für Klartext

Die Zeit der parteitaktischen Manöver ist vorbei. Geht es um das Verhältnis zur FPÖ, muss man Flagge zeigen. Gerade die ÖVP hat hier Nachholbedarf.



Im Verhältnis zur FPÖ kann und darf es allerdings nur eine Haltung geben: Keine Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Es geht nicht nur um Inhalte, die sind bedenklich genug. Es geht auch um den Stil der FPÖ, die Art wie sie Auseinandersetzungen führt und Angst und Hetze verbreitet.

Die Ereignisse der letzten Wochen sprechen für sich. Ebensee geht auf das Konto der jahrelangen Verhetzung der Jugend durch die FPÖ. Das Spiel der FPÖ mit der Angst erreicht im EU-Wahlkampf erneut einen Tiefpunkt. Inserate, die mit antisemitischen Ressentiments spielen, haben gerade in Österreich nichts verloren. Die Empörung war flächendeckend und quer über alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen groß. Nur eine Partei hielt sich vornehm zurück: die christliche ÖVP.

Offenbar gibt es immer noch Personen innerhalb der ÖVP, die sich die freiheitlichen Polit-Hooligans für zukünftige Ko-

alitionen warm halten wollen. Das Spiel des politischen Taktierens, das Wolfgang Schüssel 1999 vom Zaun gebrochen hat, dürfte immer noch seine Anhänger im christlich-sozialen Lager haben. Im Verhältnis zur FPÖ kann und darf es allerdings nur eine Haltung geben: Keine Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Hier geht es um die Frage der moralischen Haltung und nicht um parteitaktische Manöver.

Wenn mein ÖVP-Kollege Kaltenegger in einem Interview meint, dass man die FPÖ nicht angreifen und die Auseinandersetzung mit der FPÖ nur inhaltlich geführt werden dürfe, dann verkennt er den wahren Charakter der FPÖ. Es geht nicht nur um Inhalte, die sind bedenklich genug. Es geht auch um den Stil der FPÖ, die Art wie sie Auseinandersetzungen führt und Angst und Hetze verbreitet. Und es geht ganz massiv darum, was für ein gesellschaftliches Klima damit geschaffen wird. Es ist ein Klima der Akzeptanz von Übergriffen gegen „die anderen“ – und das sind letztlich praktisch alle, die nicht in das enge Korsett des FPÖ-Gedankenguts passen.

„Der Grundpfeiler der Sozialdemokratie war – und muss es immer bleiben –, gegen jegliche Tendenz der Radikalisierung aufzutreten.“

Auch der ÖVP-Vorsitzende in Wien, Bundesminister Johannes Hahn, spielt ein Spiel mit dem Feuer. Plötzlich entdeckt er nun die Option einer Koalition mit der Strache-FPÖ für sich und liebäugelt so mit einer unheiligen Allianz mit den Rechtsextremen. Bezeichnend auch, dass Hahn dieses Spiel gerade zu einer Zeit spielt, in der die freiheitliche Propaganda ein besonders widerwärtiges Niveau erreicht.

Die Signale sprechen für sich: Strasser als Rechtsverbinder wird wieder in die ÖVP-Politik geholt, Hahn wäre nicht abgeneigt, Strache zum Wiener Bürgermeistersitz zu verhelfen, und Kaltenegger scheut den Konflikt mit der FPÖ.

Wir vertrauen darauf, dass die vernünftigen Kräfte innerhalb der ÖVP nach wie vor die Mehrheit bilden. Dazu benötigt man aber auch klare Worte zur jüngsten Zuspitzung am rechten Rand. Gerade auch wir SozialdemokratInnen müssen hier Flagge zeigen. Denn der Grundpfeiler der Sozialdemokratie war – und muss es immer bleiben –, gegen jegliche Tendenz der Radikalisierung aufzutreten. Die Verhetzungspolitik der FPÖ kann für die SPÖ daher nicht unwidersprochen bleiben. Es ist eine Frage der Moral, dass die politischen Kräfte, die die Zweite Republik aufgebaut haben, klar gegen politischen Radikalismus und Verhetzung Position beziehen. Das muss auch der ÖVP klar sein. Denn ohne Moral hat die Politik schlussendlich keine Macht. ♦

Kräfte in der EU gegen Arbeitslosigkeit bündeln

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss in Europa oberste Priorität haben. Dafür erarbeiteten die europäischen SozialdemokratInnen ein konstruktives Programm zum Schutz der ArbeitnehmerInnen.

Katastrophale Auswirkungen bringen die Finanz- und Wirtschaftskrise, verursacht vom Neoliberalismus mit seinem Kernelement der völligen Markt-Deregulierung, mit sich. Während konservative Parteien damit beschäftigt sind, den Lobbyismus für die Unternehmen voranzutreiben, erhebt die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament (PES) ihre Stimme für die ArbeitnehmerInnen und für jene Mitgliedsstaaten, die den arbeitenden Menschen den Rücken stärken.

EU-Beschäftigungsfonds gegen Arbeitslosigkeit

Konkret fordert die PES einen EU-Beschäftigungsfonds, um Mitgliedsländer, die engagiert gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, zu unterstützen. Daher fordern die SozialdemokratInnen Finanzierung und Co-Finanzierung der EU für:

„Wer wenn nicht wir, kann Lohn- und Sozialdumping effektiv verhindern. Wer kann soziale Mindeststandards weiterentwickeln? Die EU bietet uns Möglichkeiten, wir müssen sie nur nutzen. Und dazu braucht es viele von uns.“

SPÖ-EU-Kandidatin Evelyn Regner

- » Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung, insbesondere Unterstützungsmaßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe
- » Projekte mit hoher Beschäftigungswirksamkeit
- » qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitssuchende
- » Schwerpunktsetzung auf besonders betroffene Bevölkerungsgruppen, etwa Jugendliche, und Regionen im jeweiligen Mitgliedsstaat.



SPÖ-EU-Kandidatin Evelyn Regner

Finanziert werden kann dieses Paket durch etwa zeitbegrenztes Heranziehen nicht abgerufener Fördermittel. Diese betragen derzeit 1,8 Milliarden Euro, die den Mitgliedsstaaten für 2008 zurückbezahlt werden müssten. Auch durch die Umschichtung des EU-Budgets könnte ein wesentlicher Beitrag für den Beschäftigungsfonds erzielt werden. Würde man etwa bei 10 Prozent der am höchsten geförderten Agrarbetriebe 10 Prozent der Fördermittel für die ArbeitnehmerInnen umschichten, ergäbe dies einen Betrag von 3,8 Milliarden Euro. Und 190 Milliarden Euro würde nach Schätzungen des Wifo eine Finanztransaktionssteuer in der Höhe von 0,05 Prozent bringen, wie SPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Hannes Swoboda, betonte.

EU auf Seiten der ArbeitnehmerInnen

Ein besonderes Anliegen der europäischen SozialdemokratInnen ist es, die Rechte der ArbeitnehmerInnen und soziale Grundrechte über den Binnenmarkt zu stellen. Konkret fordert die PES:

- » Ein Sozialprotokoll als Grundlage für Gesetzgebung und EuGH-Rechtsprechung

- » Verbesserung der Dienstleistungsrichtlinie mit klarer Ausrichtung auf den ArbeitnehmerInnen-schutz
- » Stärkung der europäischen Sozialpartnerschaft
- » europaweites Maßnahmenprogramm zur Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt.

Konsequenter Schutz der ArbeitnehmerInnen

Auf den neoliberalistischen Kurs müssen nun Konsequenzen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen, aber auch der PensionistInnen folgen. Hier ist die Europäische Union gefordert, folgendes umzusetzen:

„Unser erstes Anliegen ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Sorge der Menschen ist groß, die EU muss ihren Beitrag leisten, Arbeitsplätze insbesondere für Jugendliche zu schaffen und zu sichern.“

SPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Hannes Swoboda

- » Klare Regeln und strenge Kontrollen des europäischen Finanzmarktes
- » eine Zulassungspflicht für Finanzprodukte
- » ein Verbot von Spekulationen mit Grundnahrungsmitteln
- » eine EU-Richtlinie zum Schutz der privaten Altersvorsorge der Menschen vor Spekulation und Verlust des investierten Kapitals
- » strenge Regeln und Kontrollen zur Eindämmung des Lobbyismus.

Die Sozialdemokratie steht für sozialen Fortschritt in Europa, sie verbindet wirtschaftliches Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit und starken ArbeitnehmerInnenrechten. Und dafür wird sie mit gebündelten Kräften kämpfen. ♦

TRANSPARENZ

Licht ins Dunkel des Lobbyistenschungels

Die SPÖ-EU-KandidatInnen zeigen Flagge für die ArbeitnehmerInnen. Im krassen Gegensatz zur Strasser-ÖVP treten sie klar und deutlich für mehr Lobby-Transparenz in der EU ein.



„Das A-Team für Europa“ will klare Verhältnisse in Sachen Lobbyismus.

Rund 15.000 Lobbyisten arbeiten derzeit in Brüssel. Ihr Einfluss auf die Entscheidungen der EU ist alles andere als gering. Ihre Deals laufen konspirativ hinter verschlossenen Türen, in Luxusrestaurants oder Clubs. Die Ergebnisse spüren die Europäerinnen und Europäer aber hautnah, in Form von Gesetzen und Verordnungen. Die überwältigende Mehrheit davon handelt im Auftrag großer Konzerne und hat privilegierten Zugang zu den EU-Institutionen.

Die SPÖ-EU-KandidatInnen starten daher die Aktion „Licht ins Dunkel des Lobbyistenschungels in der EU“ und unterstützen die Kampagne der europäischen Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln (ALTER-EU). Die Kampagne wendet sich an alle EU-KandidatInnen mit der Aufforderung, sich nach der Wahl für ein verpflichtendes Lobbyregister, für Regeln gegen mögliche Interessenkonflikte von EU-Abgeordneten und für eine transparente und ausgewogene Besetzung der EU-ExpertInnengruppen einzusetzen.

„Lobbyisten-Bock als Gärtner“

Wenig überraschend, aber dennoch bezeichnend ist, dass sich ÖVP-EU-Spitzenkandidat Strasser wie seine Partei für diese Art von Transparenz nicht erwärmen kann und eine derartige Initiative nicht unterstützt – läuft sie doch den Interessen der ÖVP diametral entgegen. „Die Geld-

summen, die Lobbyisten wie Ernst Strasser mit ihren Firmen- und Beteiligungsnetzwerken zu ihrem Eigennutz aus dem Lobbyismusdschungel herausholen, gehen in die Millionen. „Die ÖVP ist mit ihrem Spitzenkandidaten drauf und dran, einen Lobbyisten-Bock zum Gärtner zu machen“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Das derzeitige Lobbyistenregister ist jedenfalls viel zu zahlos: Denn die Eintragung ist freiwillig, die Namen der Lobbyisten und bedeutende Informationen über die Höhe der ausgegebenen Summen müssen nicht angegeben werden und Verstöße bleiben sanktionslos. ♦

INFO

FPÖ, BZÖ und HPM gegen Transparenz

Neben der ÖVP weigern sich auch FPÖ, BZÖ und Hans-Peter Martin, künftig für mehr Transparenz im Lobbyismus einzutreten. Das kann auch leicht im Internet überprüft werden:

www.electioncampaign.eu

FINANZMARKT

Klare Regeln für die Finanzmärkte

Swoboda und Schieder zu Finanztransaktionssteuer, Rating-Agenturen, Hedgefonds und Rahmenbedingungen für den Finanzmarkt.

A-Team-Kapitän Hannes Swoboda und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder forderten vergangene Woche bei einer gemeinsamen Pressekonferenz eine effizientere Regulierung der Finanzmärkte. Dabei pochte Swoboda auf die längst fällige EU-weite Finanztransaktionssteuer. Eine 0,05-prozentige Transaktionssteuer auf Spekulationsvorgänge würde rund 190 Milliarden Euro in die Kassen der EU spülen. Das wären wichtige zusätzliche Mittel, die die Europäische Union in beschäftigungsfördernde und konjunkturbe-

lebende Maßnahmen investieren könnte. Schieder, der festhielt, dass „der ungeregelte Finanzkapitalismus als gescheitert betrachtet werden kann“, forderte eine strengere Auskunftspflicht für Hedgefonds und eine Registrierungspflicht für Rating-Agenturen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass ein einheitliches EU-System der Finanzaufsicht notwendig ist. Beide waren sich außerdem einig, dass im Hinblick auf die kommenden G20-Gipfel gemeinsame Linien in Europa erarbeitet werden müssen. ♦



Hannes Swoboda und Andreas Schieder kämpfen beide für transparente Finanzmarktregeln.

„Ich glaube, dass unsere sozialen Zielsetzungen letztendlich den Sieg davontragen werden.“

**SPÖ-EU-Spitzenkandidat
Hannes Swoboda**

EUROPÄISCHE UNION

EU-Erweiterung und weiter?

Was hat sich seit der jüngsten Erweiterung in den neuen Ländern getan? Hat Österreich von den neuen EU-Staaten profitiert?

Vor mehr als fünf Jahren erlebte die Europäische Union die größte Erweiterung ihrer Geschichte. Und die wahrscheinlich symbolträchtigste: Von den zehn neuen Mitgliedsstaaten gehörten acht einst zum Ostblock, drei waren ein Teil der Sowjetunion. Im Jahr 2007 traten mit Bulgarien und Rumänien weitere ehemals kommunistische Länder der Union bei. Seit der Mitte der 90er Jahre hat sich Osteuropa zu einer Boomregion entwickelt. Allerdings nur für einige wenige. Der Raubbau am Gemeinschaftseigentum, der verstaatlichten Industrie, hat die Gesellschaft in ModernisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen getrennt. Besonders bei den Pensionen haben die Menschen durch Liberalisierung



Fotolia

ZUM THEMA

SPÖ-Position zur EU-Erweiterung

In ihrem Wahlmanifest für die Wahl zum europäischen Parlament 2009 steht klar: „... spricht sich die SPÖ insbesondere dafür aus, künftige Änderungen des europäischen Vertragswerks, die grundlegende Interessen Österreichs berühren, einer nationalen Volksabstimmung zu unterziehen.“

Als solch eine Vertragsänderung wäre für die SPÖ jedenfalls ein EU-Beitritt der Türkei zu sehen.

SPÖ-Spitzenkandidat **Hannes Swoboda** stellt fest: „Die Integration muss vor der Erweiterung kommen. Es gibt keine Unterbrechung der Erweiterung, aber es gibt die Notwendigkeit, dass wir uns alle besser vorbereiten. Auf Seiten der EU bedeutet das institutionelle Reformen und eine Konsolidierung der EU, auf Seiten der Erweiterungsländer die Akzeptanz und Umsetzung der Kopenhagener Kriterien.“

Eine Erweiterung der EU auf der Basis des gegenwärtigen Vertrags von Nizza wird kaum möglich sein. Der Vizepräsident der PES-Fraktion im Europäischen Parlament stellt auch klar: „Wir brauchen vor zukünftigen Beitritten wesentliche Vorkehrungen zur Funktionsfähigkeit und der demokratischen Struktur der EU. Am besten wäre jedenfalls die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon.“

Lange Zeit war Osteuropa eine Boomregion, doch nun drohen der Region magere Zeiten.

und Privatisierung der Verluste hinnehmen müssen. Der allgemeine Wohlstand ist zwar erfreulicherweise stark gewachsen, die Schere zwischen Arm und Reich aber ebenfalls. Die aktuelle Wirtschaftskrise wird nicht zu einer Trendumkehr beitragen.

Banken und Konzerne aus Österreich haben viel in Osteuropa investiert

Die österreichische Wirtschaft hat rasch erkannt, dass in osteuropäischen Ländern gute Geschäfte zu machen sind und sich dort massiv eingebracht. Deshalb drohen die Turbulenzen die österreichischen Institute besonders zu treffen. Die osteuropäischen Länder leiden unter heftigen Verlusten an Aktienmärkten und Abwertungen lokaler Währungen, weil westliche Firmen damit beginnen, ihr Kapital wieder abzuziehen. Ungarn und Rumänien mussten bereits den Internationalen Währungsfonds und die EU um Hilfe bitten. Trotzdem besagen alle Prognosen, dass Osteuropa fühler als andere

Regionen wieder gewinnträchtig sein wird.

FPÖ-Warnung ohne Grundlage

Wichtig ist für die Europäische Union im Sinne einer vernünftigen und gerechten Außenpolitik natürlich die Zusammenarbeit mit zum Beispiel nordafrikanischen Staaten. Durch Verträge, die so entstehen, könnte die EU dem Kontinent als gutes Beispiel dienen und den Friedens- und Eingangsprozess vorantreiben. Auch mit Israel muss Europa Gespräche führen, denn Europa hat international eine Verantwortung zu tragen. Nicht zur Debatte steht allerdings ein Beitritt nordafrikanischer Staaten oder Ländern aus dem Nahen und Mittleren Osten. Weder die israelische Regierung, noch die EU erachten diese Variante als sinnvoll. „Es ist mir ein Rätsel, wie die FPÖ darauf kommt, jetzt Israel ins Spiel zu bringen“, zeigte sich auch die SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann überrascht und stellte klar: „Es gibt keine Beitrittsverhandlungen der EU mit Israel und es gibt kein Beitrittsansuchen Israels.“ ♦

Türkei ante portas?

Auch wenn die FPÖ es noch so trommelt: Die SPÖ ist klar gegen einen EU-Beitritt der Türkei – und das nicht erst seit gestern. Im Gegensatz zur ÖVP, die hier sogar im Wahlkampf einen Schlingerkurs fährt.



Die SPÖ hat sich festgelegt:
Weder die EU noch die Türkei sind reif für einen EU-Beitritt der Türkei.

In Inseraten, Plakaten und Interviews wird die FPÖ nicht müde, der Sozialdemokratie zu unterstellen, für einen EU-Beitritt der Türkei zu sein. Doch die Tatsache, dass die Türkei viele Mindeststandards nicht erfüllt und auf Jahre hinweg wahrscheinlich nicht erfüllen wird,

zent der ArbeitnehmerInnen haben Kollektivverträge. Die SPÖ betrachtet die Themen so differenziert, wie sie sind und unterscheidet zwischen dem Staat Türkei und die ständig wiederkehrenden rassistischen Wahlkämpfe auf Kosten der in Österreich lebenden, türkischstämmigen

Der ÖVP-Ringelspiel-Schmäh

Wer keine Meinung hat, kann nicht anecken, dachte sich wohl die ÖVP in der Türkei-frage: Strasser betont, er „will einen Stopp der Verhandlungen zwischen Europäischer Union und Türkei über einen EU-Beitritt.“ Othmar Karas aber widerspricht Co-Kandidat Strasser: „Ich bin dagegen, die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei abzubrechen“ wohingegen das ÖVP-Wahlmanifest für ergebnisoffene Verhandlungen plädiert.

hat schon 2004 dazu geführt, dass die SPÖ für den Abbruch der Beitrittsverhandlungen eintrat. Ein Bericht aus dem Jahr 2003 zeigte substanzielle Menschenrechtsverletzungen auf, und offenbarte erhebliche Probleme die soziale Situation betreffend. Fast eine Million Kinder seien in Kinderarbeit und nur fünf Pro-

Menschen. Aussagen, wonach die Türkei weder geografisch, noch kulturell, noch historisch zu Europa gehört, sind natürlich kritisch zu hinterfragen. Denn die Türkei war jahrhundertlang ein Nachbarstaat Österreichs, hat die Geschichte Europas maßgeblich mitbeeinflusst und die Kultur an Balkan nachhaltig geprägt.

Die ÖVP vertritt die Konzerne, nicht aber die Menschen

Dass die ÖVP mit einem Türkei-Beitritt liebäugelt und sich in ihrem Wahlprogramm für ergebnisoffene Verhandlungen zwischen EU und Türkei ausspricht, hängt wohl mit ihrem unternehmerischen Klientel zusammen. Die Türkei wäre ein Mitglied ganz im Sinne der ÖVP, mit einem starken Militär, um die wirtschaftlichen Interessen Europas durchzuboxen, mit hohen Arbeitslosenzahlen und geringen Sozialstandards, die es erleichtern, Löhne noch mehr zu drücken. ♦

INFO

Die SPÖ ist konstruktiv-kritisch hinsichtlich der EU

► Klubobmann Josef Cap stellte bereits am 15. September 2004 fest: „Die EU ist sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht reif für einen Beitritt der Türkei.“ Und auch EU-Delegationsleiterin Maria Berger sagte etwa am 27. September 2004: „Die Entscheidung gegen Beitrittsverhandlungen ist auch im Interesse der Türkei, es ist besser wir haben jetzt die Stunde der Wahrheit als erst in fünf, sechs Jahren.“

► Die Position der SPÖ legte Spitzenkandidat Hannes Swoboda erneut dar: „Ich bin infolge meines konkreten Engagements im EU-Parlament und nach reiflicher Überlegung gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Aber ich wehre mich gegen einen rassistischen Wahlkampf gegen unsere türkischen MitbürgerInnen.“ (11. Mai 09)

► Und im EU-Wahlmanifest der SPÖ ist zu lesen: „... Beitritt der Türkei, der die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kapazitäten und Strukturen der EU zu überfordern droht, ganz abgesehen von allen offenen Fragen hinsichtlich der Menschenrechtssituation.“

„Kampf um jede Stimme“

Der EU-Wahlkampf geht in die heiße Phase. Im Interview mit „SPÖ Aktuell“ zieht SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter Bilanz und skizziert die Schwerpunkte der letzten Tage bis zur Wahl.



Hannes Swoboda, Evelyn Regner und Günther Kräuter heben vor dem Parlament die Startflagge für die heiße Wahlkampfphase.

SPÖ Aktuell: Der Wahlkampf für die Wahlen zum Europarlament geht in die Zielgerade. Welche Aktivitäten sind seitens der SPÖ noch geplant?

Günther Kräuter: Unser A-Team ist ja schon seit vielen Wochen permanent unterwegs, um für ein besseres, soziales Europa zu werben. Nun startet die heiße Phase. Ab sofort werden 100 Wahlkampfmobile – sparsame und damit umweltschonende Kleinfahrzeuge vom Typ „Smart“ und „Mini“ – in allen Bezirken Österreichs unterwegs sein, um die Arbeit des A-Teams zu verstärken. Inhaltlich wird die SPÖ die Kernthemen des A-Teams – die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und den Schutz der Pensionen vor Spekulan-ten den Wählerinnen und Wählern mit mobilen Tondurchsagen näherbringen.

Zu Beginn des Wahlkampfs gab es Skepsis, ob das Auftreten als Mannschaft die richtige Strategie ist. Was ist Ihre Einschätzung?

Günther Kräuter: Wir haben uns ganz bewusst dazu entschlossen, dass im A-Team nicht einzelne KandidatInnen für Vorzugsstimmen werben, sondern die Kräfte gebündelt werden. Die ÖVP schreibt zwar auf ihren Wahlplakaten, dass die Zeiten härter werden, vom Zusammenrücken in diesen schwierigen Zeiten hält sie aber nichts. Es ist mehr als symbolisch, dass in der ÖVP fünf Kandidaten um Vorzugsstimmen in eigener Sache rittern.

Wie zufrieden sind Sie mit dem bisherigen Verlauf der Wahlauseinandersetzung?

Günther Kräuter: Unser „A-Team“ wird von der gesamten Partei mit viel Einsatz und Elan unterstützt. Die Länder ziehen voll mit, und auch die Rückmeldungen von

den Veranstaltungen sind durchwegs positiv. Auch die von der Jungen Generation und dem BSA organisierten Europatalks, die zum Mitgestalten an Europa einladen, finden so große Zustimmung, dass sie bis ins Finale des EU-Wahlkampfes fortgesetzt werden. Und natürlich nicht zu vergessen der enorme Rückhalt, den wir durch unsere SeniorInnenvertreter genießen, an der Spitze der unverwundlichen und kampfeslustigen PVÖ-Präsident Charly Blecha.

*Abschließende Frage: Wie groß ist die Zuversicht, am 7. Juni als Erster über die Ziel-
linie zu gehen?*

Günther Kräuter: Die letzten Tage und Wochen haben eines sehr deutlich gezeigt: Wir haben das beste Team für Europa! Unser „A-Team für Europa“ mit dem weit über die Parteigrenzen anerkannten Europapolitiker Hannes Swoboda an der Spitze steht für Kompetenz, Erfahrung und Einsatz. Unser Team ist der Garant für eine künftig sozial gerechtere Europapolitik, die die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Daher bin ich auch optimistisch, dass wir wieder stärkste Partei werden. Klar ist aber auch: Wir müssen und werden bis zur letzten Sekunde um jede Stimme kämpfen! ♦



In allen Bezirken Österreichs werden Wahlkampfmobile Unterstützung für das „A-Team für Europa“ leisten.

Fotos: Zimmer

Breite Wahlbewegung im Netz

Zum ersten Mal startet eine österreichische Partei eine große Web 2.0.-Kampagne, die die Menschen in die Wahlbewegung integriert.



Unter www.spoe.at/euwahl geht's zum Webwahlkampf der SPÖ.

Die SPÖ führt den derzeitigen EU-Wahlkampf nicht nur traditionell draußen bei den Menschen, sondern verbindet die Tätigkeit bei den Menschen mit dem Internet. „Wir nutzen das Internet erstens, weil die Menschen auch dort zuhause sind, und zweitens, weil es sich gut zur Vernetzung und als Organisationstool eignet“, erklärt SPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Hannes Swoboda. Zentrales Element der Kampagne bilden die EU-BotschafterInnen. 130 Menschen aus ganz Österreich, die sich an der sozialdemokratischen Wahlbewegung beteiligen wollten, wurden besonders geschult. Sie erlernten den konkreten Umgang mit dem Web 2.0 und die Möglichkeiten, die man hat, um Botschaften, Eindrücke und politische Inhalte zu transportieren.

BotschafterInnen transportieren Erlebtes ins Web

Ihre Aufgabe ist es jetzt, ihre Erlebnisse und Erfahrungen, die sie draußen bei den Menschen im Rahmen des Wahlkampfes machen, ins Netz zu stellen. Jeder Beitrag kann von anderen UserInnen auch kommentiert werden. JG-Bundesvorsitzende Tina Tauß, die maßgeblich an der Mobilisierung der BotschafterInnen beteiligt war, machte deutlich: „Unsere BotschafterInnen sind Teil der Kampagne, durch ihr Bild und ihre Namen geben sie der Kampagne ein Gesicht. Und sie transportieren ihre eigenen Botschaften und machen Europa damit greifbar.“ Zudem können sich alle am Diskussions- und Ideenfindungsprozess beteiligen. Dieser läuft über verschiedene Kanäle. So laufen auf der Kampagnenseite verschiedene Informationen zusammen. Einerseits sind dort eigene redaktionelle aufbereitete Inhalte zu finden. Andererseits werden Bilder, Videos, Blogs und Kurznachrichten über die externen Plattformen – Twitter, Flickr und Youtube – hereingeholt.

„Wir nutzen das Internet erstens, weil die Menschen auch dort zuhause sind, und zweitens weil es sich gut zur Vernetzung und als Organisationstool eignet.“

SPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Hannes Swoboda

INTERVIEW

„Schönes Zeichen, wie Wahlkampf demokratisiert werden kann“



Chris Müller

Mit ungewöhnlichen, erfrischenden Videobotschaften unterstützt der Intendant des Theaters Hausruck, Chris Müller, den EU-Wahlkampf des oberösterreichischen SPÖ-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, Josef „Joe“ Weidenholzer.

SPÖ Aktuell: Sie haben bereits einige Videos gedreht, in denen Sie Menschen für Joe Weidenholzer auftreten lassen. Aus welchem Grund?

Chris Müller: Diese Frage ist ganz einfach zu beantworten: Persönlicher Antrieb. Von mir und von meinen Kollegen Helmut Geissler und Michael Schuma. Wir alle glauben, dass sich durch Joe Weidenholzers Arbeit die Welt ein Stück in die richtige Richtung bewegen kann.

Warum You Tube Videos?

Chris Müller: Neue Technologien bieten die Möglichkeit, mit eigenem Equipment eine nationale, europa- oder weltweite pirARTen-Kampagne zu führen. Was hier passiert, ist ein schönes Zeichen, wie Wahlkampf demokratisiert und mitgestaltet werden kann. Es ist ein künstlerisch konzeptionelles Schneeballsystem und funktioniert ohne Geld.

Was ist das künstlerische Konzept hinter den Videos?

Chris Müller: Wir möchten Joe Weidenholzer so präsentieren, wie wir ihn in den

Jahren kennen gelernt haben. Wir zeigen ihn mit Menschen, wie diese ihn sehen: als Uniprofessor, als netten Nachbarn und einen Kämpfer für Europa. Das Grundkonzept sind witzig aufbereitete Videos mit möglichst schrägen, bekannten und unbekannten Typen.

Wie schätzen Sie die Wirkung der Videos ein?

Chris Müller: Ich kann die Wirkung nur über Rückmeldungen einschätzen und die sind äußerst positiv, weil die Videos sehr ungewöhnlich sind und sich vom gängigen Wahlkampf abheben.

WählerInnentäuschung

Mit welchen Tricks die politischen Mitbewerber arbeiten, um die Bevölkerung hinter das Licht zu führen, nimmt „SPÖ-Aktuell“ unter die Lupe.

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter:**
Die Wahlsujets des
ÖVP-EU-Wahlkampfes und
die amtlichen Mitteilungen
des Innenministeriums
ähneln einander wie ein
Ei dem anderen.



Zinner

ÖVP und FPÖ liefern sich ein erbittertes Kopf-an-Kopf-Rennen was Skandale im aktuellen EU-Wahlkampf anbelangt. Die Methoden unterscheiden sich freilich. Während die einen versuchen, ein ganzes Bundesministerium in Geiselschaft zu nehmen, preschen die anderen mit offen ausgetragener Menschen- und Religionsverachtung vor. Israel sei re-

„A-Team für Europa“ den Interessen und Sorgen der ArbeitnehmerInnen eine kräftige, transparente und unüberhörbare Stimme im Europäischen Parlament verleihen möchte.

Strasser, „sein“ Innenministerium, und der dichte Lobbyismus-Dschungel

Vergleicht man die Wahlsujets der Strasser-ÖVP mit den amtlichen Mitteilungen des Innenministeriums, so fühlt man sich in längst überwunden geglaubte Zeiten vor 2006 zurückversetzt. Beide Werbelinien ähneln einander wie ein Ei dem anderen und die Methode erinnert an Strassers Zeiten als Innenminister. Damals schachtelte Strasser für ÖVP-Parteifreunde Posten und heute vereinnahmt er und die ÖVP-Wahlkampfleitung das Innenministerium. Die ÖVP scheint aus Fehlern nicht zu lernen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter deckte auf und stellte eine parlamentarische Anfrage zu diesem demokratiepolitischen Tiefpunkt. „Die untragbaren Verflechtungen zwischen dem ÖVP-EU-Spitzenkandidaten Ernst Strasser, der ÖVP-Wahlkampfleitung und dem Innen-

ministerium sind ein Skandal ersten Ranges. Der ehemalige Innenminister missbraucht seine Drähte ins Innenministerium für demokratiepolitisch skandalöse Manipulationen“, kritisiert Kräuter den Stil der ÖVP.

Wer ist der Rechtste im ganzen Land?

In der FPÖ scheint indes ein Wettkampf um die brutalste Menschenverhetzung im laufenden Wahlkampf entbrannt zu sein. Die an Geschmacklosigkeit kaum mehr zu überbietenden EU-Plakate und -Inserate der Freiheitlichen sind auch angesichts der jüngsten Vorfälle in Ebensee eine besondere Schande. Die FPÖ behauptet allen Ernstes, dass Israel ein potentieller EU-Beitrittskandidat wäre, obwohl keinerlei Beitrittsansuchen vorliegt. Derart unhaltbare Äußerungen sind ein billiger und durchsichtiger Trick, um künstlich Öffentlichkeit zu erzeugen.

Die von der FPÖ im EU-Wahlkampf geschalteten Inserate und die afficierten Plakate sind nicht zufällig passiert. Sie wurden ganz bewusst eingesetzt, hielt Bundeskanzler Werner Faymann in einer Stellungnahme fest. Und mit den Inseraten, in denen die FPÖ vor einem EU-Beitritt Israels warne, will Strache nicht aufklären, wie er behauptet, sondern antisemitische Vorurteile schüren.

„Volksanwalt“ Stadler?

Besonders peinlich ist der Versuch des BZÖ, die WählerInnen zu täuschen. Auf den Wahlplakaten und Inseraten für Stadler prangt das völlig an den Haaren herbeigezogene Attribut des „Volksanwaltes“. Die Volksanwaltschaft hat bereits geklagt. Warum Stadler diesen Titel weiterführen möchte, liegt klar auf der Hand. So empört sich SPÖ-Volksanwaltsprecher Hannes Fazekas über „plumpe WählerInnentäuschung“. Denn das Instrument der Volksanwaltschaft darf für parteipolitischen Zwecke nicht missbraucht werden. ♦

„Die untragbaren Verflechtungen zwischen dem ÖVP-EU-Spitzenkandidaten Ernst Strasser, der ÖVP-Wahlkampfleitung und dem Innenministerium sind ein Skandal ersten Ranges.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

alistischer Beitrittskandidat zur EU und die SPÖ wolle die Türkei in die EU aufnehmen, wird von der FPÖ behauptet. Hinzu kommt der BZÖ-EU-Kandidat Ewald Stadler, der sich bemüht, den Titel „Volksanwalt“ noch immer zu führen.

Einmal mehr ist es die Sozialdemokratie, die weder leere Versprechungen, noch hetzerische Parolen anbietet, sondern mit dem

Architektur

Architektur des Roten Wien

Ein Werk über die Wiener Architektur des Gemeindebaus und dessen gesellschaftliche Bedeutung.

Herausgeber Walter Zednicek beschäftigte sich intensiv mit der Baukunst von Otto Wagner und der Theorie seiner Schule. Denn 70 Prozent der Wiener Gemeindebauten wurden von Wagner-Schülern entworfen. In seinem Werk fasst er die am besten erhaltenen architektonischen Errungenschaften zusammen und arbeitete die Bedeutung des Wiener Gemeindebaus heraus: Die Gemeindebauten schufen jene soziale Identifikation für die Arbeiterschaft, die die Klassische Moderne oder der „Inter-

nationale Stil“ mit ihrem elitären und totalen Anspruch nicht hervorgebracht hatten. Weder folgte die Wiener Wohnbauarchitektur dogmatisch dem rationalen Leitbild des „Neuen Bauens“, noch passte sie sich dem Konservatismus zeitgleicher bürgerlicher Bauschulen der regionalen Heimatschutzbewegung an, sondern sie beschränkt einen eigenständigen „dritten Weg“, der letztlich eine Konsequenz des sozialen Reformgeistes und Humanismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts war. ◆

Geschichte

Unser Hitler

Ein Buch, das gängige Mythen entzaubert und Hitler und die ÖsterreicherInnen auf einen sachlichen Punkt bringt.

Warum sind so viele ÖsterreicherInnen Nationalsozialisten geworden? Und warum wollten überhaupt so viele ÖsterreicherInnen den Anschluss? Waren sie tatsächlich in entscheidenden Positionen innerhalb des NS-Apparats überrepräsentiert, waren die österreichischen Nationalsozialisten wirklich radikaler als alle anderen? Oder ist an der These von Österreich als Opfer Hitlers was dran? Die Autoren beleuchten Hitlers problematisches Verhältnis zu Österreich und das noch viel

zweispältigere der ÖsterreicherInnen zu ihrem Landsmann. Zeitzeugen, die sich zum Teil noch nie in der Öffentlichkeit geäußert haben, bringen verblüffende neue Fakten zutage und zeigen, wie groß die Grauzone zwischen Anhängerschaft und Ablehnung war. Adolf Hitler ist tot, kein Zweifel. Und dennoch liegt sein Schatten über Österreich und der scheint mit der wachsenden Zahl der Jahre, die uns von Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg trennen, immer länger zu werden. ◆

Krimi

Das Mädchen seiner Träume

Ein nachdenklich geschriebener Roman über Gerechtigkeit, Schmerz und Schrecken.

Gerade noch hing Commissario Brunetti Gedanken über Gott und die Welt und die Beerdigung seiner Mutter nach, da reißt ihn der Tod einer Elfjährigen aus allen Betrachtungen und unwichtigeren Fällen. Dies verfolgt ihn schon bald bis in die Träume, denn das Schlimmste daran ist: Niemand meldet ein Kind als vermisst. Auch der Goldschmuck, den das Mädchen trägt, wird von niemandem reklamiert. Brunetti muss nicht nur in Erfahrung bringen, warum das Roma-Mädchen zu Tode kam, son-

dern auch, wer sie überhaupt ist. Und er muss begreifen, wie weit manche Leute zu gehen bereit sind, wenn ein Kind im Spiel ist. Brunetti 17. Fall führt ihn von Auffanglagern der Ärmsten bis ins Wohnzimmer von Wohlsituierten mit ihren guten Verbindungen zu Recht und Ordnung. Dem Commissario aber ist mehr denn je sein eigenes Gewissen Gesetz. Die New York Times schreibt, Brunetti müsse weniger einen Fall lösen als vielmehr einen Weg finden, Schmerz und Schrecken zu ertragen. ◆



..... Stk.



Walter Zednicek:
**Architektur
des Roten Wien.**
Grasl Druck & Neue Medien,
Wien 2009;
223 S., 35 €



..... Stk.



M. Heidinger, G. Steinbach:
**Unser Hitler. Die Öster-
reicher und ihr Landsmann.**
Ecowin Verlag, Salzburg 2009;
379 S., 24 €



..... Stk.



Donna Leon:
**Das Mädchen seiner
Träume.**
Diogenes Verlag,
Zürich 2009;
351 S., 22,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



OBERÖSTERREICH

Ebensee gegen Rechtsextremismus



Vergangene Woche setzten hunderte Menschen in Ebensee ein kräftiges Zeichen gegen Rechtsextremismus.

Nach den bedauerlichen Vorfällen im geschichtsträchtigen Ort Ebensee in Oberösterreich initiierte die dort ansässige SPÖ-geführte Gemeinde gemeinsam mit Menschen und Organisationen der Zivilgesellschaft eine Kundgebung gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Rund 1.000 EbenseerInnen setzten vergangenen Sonntag ein kräftiges Signal für Toleranz, Zivilcourage, Antirassismus und Demokratie. Dem sozialdemokratischen Bürgermeister Herwart Loidl war dieses kräftige Zeichen ein ungemein wichtiges Anliegen: „Das mediale Bild, das zuletzt vom Ort transportiert worden ist, ist nicht das wahre Ebensee. Wir haben vorbildhaft unsere Geschichte aufgearbeitet. Diese Arbeit soll nicht um-



1.000 BürgerInnen Ebensees demonstrierten gegen Rechtsextremismus.

sonst gewesen sein.“ Ganze Schulklassen beteiligten sich an der Aktion. „Aus der Vergangenheit lernen“, „Taten müssen folgen“ und viele andere Sprüche standen auf den Transparenten. Auch SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda begrüßte das Engagement der Gemeinde

Ebensee und entsandte eine Solidaritätsbotschaft: „Es muss gesellschaftspolitischer Konsens sein, dass rassistische und rechtsradikale Äußerungen in keinsten Weise akzeptabel sind“, dafür sei die Kundgebung gegen Rechtsextremismus ein wichtiges Signal. ♦

JG

Gegen rechte Hetzer



„Besser links gehen als rechts hetzen“ – unter diesem Motto setzten die Junge Generation und SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda ein beeindruckendes Zeichen gegen Hetze und Hassprediger.

Beim Gedenkspariergang durch die Wiener Innenstadt nahmen rund hundert TeilnehmerInnen teil – und gedachten so der Opfer des Faschismus. Zugleich wurde damit ein ebenso kräftiges wie klares Signal gegen Ausländerhass, Antisemitismus und Faschismus gegeben. Swoboda betonte dabei die Bedeutung

von Arbeit und Perspektiven für Jugendliche: „Die Perspektiven unserer Jugend müssen im Mittelpunkt unserer politischen Tätigkeit stehen, andernfalls werden frustrierte Jugendliche besonders anfällig für rechte Parolen.“ Klar wandte sich Swoboda auch gegen die Zerstörung des sozialen Friedens: „Die SPÖ tritt auf nationaler und europäischer Ebene für Frieden und soziale Sicherheit ein – im krassen Gegensatz zu jenen, die Ängste schüren.“

Zivilcourage wieder verstärken

JG-Bundesvorsitzende Tina Tauß sieht den ansteigenden Rechtsradikalismus als „sehr bedenkliches Zeichen. Daher wollen wir dem eine klare Absage erteilen und auf die Wichtigkeit der Zivilcourage aufmerksam machen.“ ♦



Für eine klare Abgrenzung gegen rechts – SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda beim JG-Spaziergang.



Hannes Swoboda gedachte am Wiener Morzinplatz der Opfer des Faschismus – dort befand sich einst das ehemalige Gestapo-Hauptquartier.

NIEDERÖSTERREICH

Wiener Neustadt lernt „Das A-Team für Europa“ kennen



SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda erläutert seine Vorstellungen von einem anderen Europa.



Bei der SPÖ-EU-Wahlkampf-kundgebung in Wr. Neustadt waren vier KandidatInnen des A-Teams zu Gast: Hannes Swoboda, Evelyn Regner, Karin Kadenbach und Christa Prets.

Fotos: SPÖ Die kräftige Frauenmehrheit auf der Bühne in Wr. Neustadt unterstrich erneut, dass die Sozialdemokratie eine weibliche Partei starker Frauen ist. Außerdem zu Gast waren Sozialminister Rudolf Hundstorfer und LHStv. Josef Leitner. Klar wurde der Drang nach einem sozialen Kurswechsel für Europa und dem Aufbau eines neuen Europa mit den Menschen im Mittelpunkt. Doch diesmal wurde auch nicht mit Kritik am politischen Gegner gespart: Es wurden Ernst Strassers Ideen- und Konzeptlosigkeit und sein Ziel, seine Lobbykontakte in Brüssel weiter zu verfestigen, kritisiert. Auch Hans-Peter Martin, der sich gerade mit dem Schreiben von Büchern sein MandatarIn-

nengehalt aufbessert, kam nicht ungeschoren davon. Gerade er sei der einzige österreichische EU-Parlamentarier, der Geld zurückzahlen muss, weil er seine Ausgaben nicht belegen konnte. Zum Schluss versprach Hannes Swoboda: „Es geht darum, ein anderes Europa zu schaffen. Wir können es tun, wir müssen es tun und ich bin überzeugt: Wir werden es tun!“ ♦



Karin Kadenbach, Christa Prets und Evelyn Regner mit Moderator Klaus Eberhartinger in Wr. Neustadt

STEIERMARK

Wohnbaupaket schafft 5.000 Jobs



Auch die Bau-Sozialpartner und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft unterstützen den Konjunkturmotor Wohnbau.

Durch das Vorziehen von Wohnbauprojekten gemeinnütziger Bauvereinigungen werden 2009 zusätzlich rund 300 Millionen Euro investiert. Das ist ein weiterer Kraftakt für die Baukonjunktur und gegen die Arbeitslosigkeit, denn durch dieses Wohnbaupaket werden rund 5.000 Jobs in der Bauwirtschaft geschaffen, zeigte sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz, SPÖ-Nationalratsabgeordneter Josef Muchitsch erfreut. Im Rahmen des Wohnbaupakets werden Projekte für den Neubau von 2.000 Wohnungen und die Sanierung von 1.500 Wohnungen in ganz Österreich auf 2009 vorgezogen. ♦



SPÖ Die Bau-Sozialpartner und die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sorgen gemeinsam für einen zusätzlichen Beitrag zur Beschäftigung am Bau, so NR-Abgeordneter Josef Muchitsch (2.v.l.).

BURGENLAND

Prets: „Wahlrecht nutzen“



Nicht die Wirtschaft, sondern der Mensch soll im Mittelpunkt einer europäischen Politik stehen. Daher heißt es: Am 7. Juni wählen gehen!

Gemeinsam mit dem Oberpullendorfer SPÖ-Bezirksparteiobmann LR Peter Rezar appelliert die burgenländische Spitzenkandidatin für die Wahl zum Europäischen Parlament, Christa Prets, an die BurgenländerInnen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und bei der Wahl zum Europäischen Parlament die Sozialdemokratie zu unterstützen: „Nur wer wählt, kann mitgestalten, wer nicht wählt, kann nichts ändern. Wir müssen unser Wahlrecht auch nutzen.“ ♦



SPÖ Burgenland

Landesrat Peter Rezar mit EU-Kandidatin Christa Prets



Privat

Der Euro: ein Schutzschirm in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise

Der Euro hat sich seit seiner Einführung, 1999 als Buchgeld, 2002 als Bargeld, erfolgreich als stabile und angesehene Währung etabliert. Er ist binnen kurzem die zweite Weltwährung nach dem US Dollar geworden.

Der Euro bietet Schutz vor Währungskrisen, die meist mit spekulativen Attacken auf die Währung verbunden sind. Heute wird sehr oft vergessen, dass es auch in der EU vom Zusammenbruch des Internationalen Währungssystems (Bretton Woods System) Anfang der 1970er Jahre bis zur Schaffung des Euro 1999 immer wieder Probleme mit Währungskrisen und Wechselkursschwankungen gab. In den 1990er Jahren gab es spekulative Attacken gegen Währungen im Europäischen Währungssystem (EWS), die EWS-Krisen von 1992-1995. Diese beeinträchtigten Wachstum und Beschäftigung in Europa. Im Sommer 1993 gab es auch eine Spekulation gegen den Schilling, die aber durch die entschlossene Gegenwehr der Oesterreichischen Nationalbank abgewehrt werden konnte. Länder wie Schweden, Finnland erlitten damals Währungs- und Wirtschaftskrisen mit hohen wirtschaftlichen Kosten (Wachstums- und Beschäftigungsverluste und explodierende Budgetdefizite), während Italien, Großbritannien und andere Länder Währungskrisen erlitten.

„Die damalige ÖVP-FPÖ-Regierung hätte mit einer strikteren Wettbewerbspolitik schärfer gegen die ungerechtfertigten Preiserhöhungen vorgehen können.“

In der jetzigen Krise wurde Island durch eine Währungs- und Bankenkrise an den Rand des Staatsbankrotts geführt und erst durch die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) gerettet. Die neu gewählte Sozialdemokratische Regierung die den von den Neoliberal ausgerichteten Vorgänger-Regierungen angerichteten Scherbenhaufen aufräumen muss, überlegt den Beitritt zu EU und Euro. Auch einige EU-Länder, die den Euro noch nicht besitzen, leiden unter Währungskrisen – Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien.



Bilderbox

Mit der Einführung des Euros sind die Spekulations-Attacken der 1990er Jahre endgültig Vergangenheit – auch der Schilling war vor solchen Angriffen nicht gefeit.

Der Euro wurde eine harte Währung und die Inflation war insgesamt niedrig. Die Inflation im Euroraum war mit dem Euro von 1999 bis 2007 mit 2,1 Prozent jährlich wesentlich niedriger als in der Zeit vorher, als sie von 1990 bis 1998 drei Prozent jährlich betrug. Trotz dieser insgesamt niedrigen Inflationsraten gab es bei der Euro-Bargeldeinführung Probleme, da einige Branchen, Gastronomie und einige konsumnahe Dienstleistungen, die Währungsumstellung zu stärkeren Preiserhöhungen nutzten. Die damalige ÖVP-FPÖ-Regierung hätte mit einer strikteren Wettbewerbspolitik schärfer gegen diese ungerechtfertigten Preiserhöhungen vorgehen können.

Der Euro brachte auch positive Beschäftigungseffekte. Mit dem Euro wurden von 1999 bis 2007 mit 16 Millionen wesentlich mehr Arbeitsplätze im Euroraum geschaffen als ohne Euro mit 6 Millionen von 1990 bis 1998.

Der Euro wirkt als Schutzschirm in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und schützt vor Währungskrisen und Wechselkursschwankungen. Der Euro ist allerdings

kein Schutz vor Bankenkrisen, sondern hier muss jede Regierung selbst agieren. Die Regierungschefs des Euroraums haben sich im Oktober 2008 auf eine koordinierte Vorgangsweise geeinigt, sodass hier nationale Alleingänge zu Lasten der anderen Staaten unterblieben.

Zur Bekämpfung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Eurosystem die Banken mit Liquidität versorgt und die Zinsen gesenkt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Fiskalpolitik wurde ebenfalls sehr expansiv und kurbelt durch hohe Budgetdefizite die Nachfrage an.

Die Krise muss gemeinsam bekämpft werden, und nationalistische Politiken, wie sie in den 1930er Jahren die Weltwirtschaftskrise verschlimmerten, müssen vermieden werden. ♦

Franz Nauschnigg ist in der Oesterreichischen Nationalbank Leiter der Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisation.

TERMINKALENDER

Dienstag, 2. Juni

„Das A-Team für Europa“ in St. Pölten



SPÖ

SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda
und EU-Kandidatin Karin Kadenbach

Der SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda, die EU-Kandidatinnen Evelyn Regner und Karin Kadenbach laden gemeinsam mit der SPÖ Niederösterreich herzlich zur Wahlkampf-Großveranstaltung in St. Pölten mit musikalischer Untermalung von Sandra Pires. Anwesend werden auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer und NÖ Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner sein. Moderiert wird die EU-Wahlkampfveranstaltung von EAV- Sänger und ORF-Moderator Klaus Eberhartinger. Im Anschluss lädt die SPÖ zu einer kleinen Erfrischung.

Beginn: 19 Uhr (Einlass: 18 Uhr)

Bühne im Hof

Julius-Raab Promenade 37
3100 St. Pölten

Mittwoch, 3. Juni

Diskussion: 20 Jahre Ende Eiserner Vorhang

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und das Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten laden zu einer Podiumsdiskussion zum Thema: „20 Jahre Ende Eiserner Vorhang. Was tragen die österreichischen Medien zur Nachbarschaft und zum Abbau der Mauer in den Köpfen bei?“ im Palais Epstein. Es soll beleuchtet werden, inwieweit sich seit 1989 die Rolle der österreichischen Medien im Umgang mit den mittel- und osteuropäischen Staaten verändert hat. Die Diskussion findet im Rahmen der über das gesamte Jahr 2009 laufenden Initiative „Geteilt|Geeint. 1989-2009: Aufbruch in ein neues Europa“ des Außenministeriums statt. Peter Pelinka (Format)

moderiert die hochkarätige Podiumsdiskussion mit Joana Radzyner (ORF, angefragt), Erhard Stackl (Der Standard), Burkhard Bischof (Die Presse) und Jana Patsch (Kurier). Der Botschafter und Leiter der Kulturpolitischen Kommission im Außenministerium, Emil Brix wird einführende Grußworte halten. Anmeldung unter:

veranstaltungen04@parlament.gv.at

Beginn: 16 Uhr

Palais Epstein

Schmerlingplatz 7
1010 Wien

Donnerstag, 4. Juni

PVÖ EU-Informations- veranstaltung „Fest für Europa“



Der Wiener Pensionistenverband lädt zu einer Informationsveranstaltung mit Bürgermeister Michael Häupl, dem SPÖ-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, Hannes Swoboda, PVÖ-Chef Karl Blecha und Finanzminister a.D. Rudolf Edlinger in die Wiener Stadthalle. Diese werden den BesucherInnen zu allen Fragen, die ihnen zur Europäischen Union auf dem Herzen liegen, Gehör und Zeit zur Diskussion schenken. Für ein buntes Unterhaltungsprogramm wird der Schauspieler und Kabarettist Adi Hirschal mit seinem neuen Programm „Die ganze Welt ist Wien“ sorgen. Der Eintritt ist selbstverständlich frei. Die Moderation übernimmt Michael Schenk.

Beginn: 15 Uhr (Einlass: 14.30 Uhr)

Wiener Stadthalle (Halle F)

Vogelweidplatz 14
1150 Wien

Freitag, 5. Juni

Wahlkampffinale der SPÖ

Die SPÖ-Kampagne für die Wahl des Europäischen Parlaments am 7. Juni geht in die

Zielgerade. Dem A-Team für Europa ist es gelungen, die Themen dieses Wahlkampfes maßgeblich zu bestimmen. Auch im Finale dieses Wahlkampfes soll noch einmal ein starkes Zeichen des Einsatzes und der Entschlossenheit der Sozialdemokratie gesetzt werden. Bundeskanzler Werner Faymann, Bürgermeister Michael Häupl, SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und SPÖ-EU-Kandidatin Evelyn Regner werden ebenfalls vor Ort sein. Die musikalische Untermalung erfolgt durch Sandra Pires. Anmeldung unter **direkt@spoe.at** oder unter der Telefonnummer 081 081 0211.

Beginn: 17.30 Uhr (Einlass: 17 Uhr)

Zelt vor SPÖ Bundesgeschäftsstelle

Löwelstraße 18

1014 Wien

Diskussion Kriegsverbrechen und KindersoldatInnen

Die ega:frauen lädt zu einer Diskussionsveranstaltung über Kriegsverbrechen und KindersoldatInnen mit der Präsidentin des Sondergerichtshofs in Sierra Leone, Renate Winter. Winter wird über die Prozesse gegen Kriegsverbrecher in Afrika, die Folgen für die Zivilgesellschaft und die Konsequenzen für die Region und die AkteurInnen berichten. Weitere Informationen unter:

www.ega.or.at

www.unifem.at

www.ngocongo.org

Beginn: 19 Uhr

ega:frauen im zentrum

Windmühlgasse 26

1060 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Martin Oppenauer, Peter Slawik,

Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



SPÖ-Frauen-Aktionstag zur EU-Wahl

SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer, Frauenministerin Gabrielle Heinisch-Hosek, SPÖ-EU-Kandidatin Evelyn Regner und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer präsentierten die wichtigsten frauenspezifischen Forderungen der SPÖ für die EU-Wahl.

Den SPÖ-EU-Spitzenkandidat hautnah erleben

SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda besuchte den Wiener Naschmarkt, auch hier war der direkte Kontakt mit der Bevölkerung angesagt.



Hannes Swoboda zu Besuch bei Leykam

A-Team-Kapitän Hannes Swoboda und SPÖ-Kandidatin Christa Prets besuchten die Firma Leykam in Neudörfel.



Der Kanzler in St. Pölten

Bundeskanzler Werner Faymann nutzte seinen Besuch in der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten, um mit den Menschen über ihre Sorgen und Wünsche zu reden. Der Kanzler wurde von den St. PöltnerInnen herzlich empfangen.

